

»Aufstieg oder Niedergang?« – Wie verhält sich der Faschismus zur ökonomischen Krise?

Von Jürgen Lloyd

Dieser Beitrag wurde auf der vom Zetkin Forum for Social Research organisierten Konferenz „Faschismus zurück in Europa?“ gehalten, die vom 20. bis 22. Juni 2025 in Berlin stattfand. Die aufgezeichnete Version des Vortrags ist hier zu finden:
<https://youtu.be/PQuLYb95kWK>

Vor gut 100 Jahren, 1916 – mitten im Ersten Weltkrieg – arbeitete Lenin sich in mehreren Artikeln an den Positionen einer Richtung von Sozialdemokraten (u.a. von N. Bucharin) ab, die er „imperialistischen Ökonomismus“ nannte. Eine dieser Schriften mit dem Titel »Über eine Karikatur auf den Marxismus« gefällt mir besonders. Und dies nicht nur wegen der vielen Hinweise auf Lenins Anspruch an marxistische Analyse, sondern auch wegen einer eher randständigen Bemerkung darüber, dass es unsinnig sei, über Worte zu streiten, weil es unmöglich sei, diese oder jene Verwendung eines Wortes zu erzwingen. Jedoch sei es notwendig – so Lenin – „*die Begriffe genau zu klären, wenn man diskutieren will.*“¹ Diese Mahnung sollten wir ernst nehmen! Genau gefasste und geklärte Begriffe sind die Voraussetzung dafür, dass wir gemeinsam die Verhältnisse und Zusammenhänge dieser Welt erkennen und verstehen können. Und zwar so zu erkennen und zu verstehen, dass wir auch sehen, wie wir sie ändern können!

In dem genannten Artikel von 1916 bemüht Lenin sich also um genau geklärte Begriffe. Das macht er, indem er die Vermischung von ökonomischen und politischen Aspekten des Imperialismus kritisiert. Er stellt klar, dass der Imperialismus in **ökonomischer** Hinsicht als Ablösung des Kapitalismus der freien Konkurrenz durch die Großproduktion des Monopolkapitals zu bestimmen ist, während er ihn auf der Ebene des Überbaus **politisch** als „*Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion*“ kennzeichnet.

Wie wichtig diese Differenzierung ist, zeigt sich bei den Fehldeutungen in Bezug auf Lenins dann anschließende Feststellung:

„Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion.“

Diese Anmerkung wird oftmals – aber unzutreffend – interpretiert als Unterscheidung von bürgerlich-demokratischer und faschistischer Herrschaftsform des Monopolkapitals.

Die Begriffe „Demokratie“ und „politische Reaktion“ bezeichnen Erscheinungen des politischen Überbaus. Lenin bestimmt das Verhältnis der Überbauerscheinungen zur jeweiligen Basis als *Entsprechung*.

¹ LW 23, S.34

Was Lenin also aussagt, ist, dass die Demokratie der entsprechende politische Überbau zur Ökonomie der freien Konkurrenz sei, während die politische Reaktion der politische Überbau sei, welcher der monopolistischen Ökonomie entspricht. Nur in dieser exakten Anwendung des Basis-Überbau-Verhältnisses ergibt die Aussage von Lenin ihren zutreffenden Sinn. Und der erlaubt nicht, dies als Unterscheidung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus zu interpretieren.

Ansonsten würde der schlichte Hinweis, dass ökonomisch in Deutschland seit über hundert Jahren der Übergang zum Monopolkapitalismus durchgesetzt ist, zu dem Dilemma führen, die Zeiten der parlamentarisch-liberalen Form der monopolkapitalistischen Herrschaft vor 1933 und dann auch wieder in der BRD entweder als faschistisch deuten zu müssen oder sie zu irregulären Sonderfällen zu erklären, in denen die von Lenin beschriebene Entsprechung ausnahmsweise unzutreffend sei. In der Tat gibt es auch solche Positionen und sie verdienen ihre nötige Zurückweisung, hier will ich diese aber außen vor lassen.

Das Missverständnis, Lenins Begriff der **politischen Reaktion** als der dem Monopolkapitalismus entsprechende Überbau, sei mit dem Faschismus zu identifizieren, klärt sich auf, wenn wir berücksichtigen, dass Lenin mit den Begriffen „Demokratie“ und „politische Reaktion“ eine **inhaltliche** Bestimmung des politischen Überbaus vornimmt, und dieser Inhalt erstmal gesondert anzugeben ist von der Bestimmung der politischen Herrschafts**form**. Also: Der Überbau über den Monopolkapitalismus ist dem Inhalt nach Reaktion, und der zum Konkurrenzkapitalismus passende Überbau ist dem Inhalt nach demokratisch.

Die bürgerlich-liberale-parlamentarische Demokratie und der Faschismus an der Macht sind demgegenüber Herrschafts**formen**. Es sind zwei unterschiedliche **Formen**, in denen die dem Monopol entsprechende Politik durchgesetzt werden kann. Der **Inhalt**, der in diesen beiden Formen durchgesetzt wird, ist jedoch in beiden Fällen der Gleiche und dieser Inhalt wurde von Lenin im Begriff der politischen Reaktion gefasst.

Ausgehend von dieser Erklärung können wir nun noch besser fassen, was es denn mit den jeweiligen Inhalten des politischen Überbaus über Konkurrenz- und Monopolkapitalismus auf sich hat. Warum kommt Lenin dazu, den Inhalt des politischen Überbaus zum Konkurrenzkapitalismus als Demokratie zu bestimmen? Warum kommt er dazu, den Überbau zum Monopolkapitalismus dem Inhalt nach als politische Reaktion zu kennzeichnen?

Worin besteht der jeweilige Inhalt?

Der Inhalt kapitalistischer Klassenherrschaft besteht darin, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Klasse der Kapitalbesitzer in Form der Mehrwertaneignung durch den Kapitalisten zu sichern. Dazu ist die Anerkennung des privaten Besitzes an Produktionsmitteln und die Möglichkeit des Kaufs der Ware Arbeitskraft am Markt erforderlich. Die Regelung der gesellschaftlichen Beziehungen ist an die Durchsetzungsfähigkeit der je individuellen Interessen am Markt delegiert.

Diese Erkenntnis lieferte die Untersuchung, die Marx unternommen hat, um „*das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen*“² – wie er es im Vorwort zu seinem Werk »Das Kapital« beschrieben hat. In der **gleichberechtigten Verfolgung individueller Interessen** findet sich die Entsprechung von konkurrenzkapitalistischer Ökonomie mit politischer Demokratie.

² MEW 23, S. 15

Und was gilt für den Monopolkapitalismus? Hier hat der zunehmend gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte einen zunehmenden Bedarf an übergreifender Abstimmung einzelner Prozesse hervorgerufen. Die Produktivkräfte sind nicht mehr für die Einzelproduktion eines Individuums für seinen individuellen Bedarf passend, sondern müssen von vielen zusammenarbeitenden Produzenten (und tendenziell von der ganzen Gesellschaft) in Bewegung gesetzt werden, damit sie ihren Nutzen entfalten können.

Dieser Bedarf wurde ökonomisch mit der Herausbildung von Monopolen beantwortet. Auf der Ebene des politischen Überbaus ruft dieser Bedarf nach der Einreihung der Einzelinteressen unter die Zielvorgaben der herrschenden Monopole – also letztlich nach dem **Zugriff der Monopole auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Kooperationsprozesse**. Das ist der Inhalt monopolkapitalistischer Herrschaft und diesen Inhalt hat Lenin mit dem Begriff der politischen Reaktion beschrieben.

Was haben wir bis hier erreicht?

Das genauere Hinsehen bei Lenins Aussage über die Entsprechungen von Konkurrenzkapitalismus zu Demokratie und von Monopol zu politischer Reaktion hat uns dahin geführt, diesen Drang nach Unterordnung der Einzelinteressen unter die Zielvorgaben der Monopole als Inhalt der monopolkapitalistischen Herrschaft zu bestimmen.

Die Unterscheidung zwischen der parlamentarisch-liberalen und der faschistischen Herrschaftsform bereitet oftmals große Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten entstehen aber nur durch den Verzicht auf dieses genauere Hinsehen – nämlich insbesondere dann, wenn Inhalt und Form durcheinandergeworfen werden. Wenn wir aber genauer hinschauen, und den Herrschaftsinhalt richtig bestimmen, dann löst sich die Frage nach der Unterscheidung von parlamentarisch-liberaler und faschistischer Herrschaftsform auf in die Frage, mit welchen Methoden die Gleichschaltung der gesellschaftlichen Einzeltätigkeiten unter die Interessen des Monopolkapitals am zweckmäßigsten zu bewerkstelligen ist.

Das ist dann auch die Grundlage, auf der ich meine Anmerkungen zu den Verhältnissen machen möchte, in denen unser Thema Faschismus zu zwei Erscheinungen steht: Das Verhältnis vom Liberalismus zum Faschismus und das Verhältnis zwischen Faschismus und Krise.

Beim Begriff des Liberalismus ist es offensichtlich, dass wir – wenn wir das Verhältnis zum Faschismus erörtern wollen – zuerst spezifizieren müssen, in welcher Hinsicht wir diese Vokabel verwenden. Es wäre berechtigt, von dem Stadium des liberalen Kapitalismus im Unterschied zum Monopolkapitalismus zu sprechen. In diesem Sinn würden wir Liberalismus analog zu Konkurrenzkapitalismus als einen Begriff der ökonomischen Basis verwenden. Der liberale- oder Konkurrenzkapitalismus gibt nun aber sicher nicht die ökonomische Basis für einen politischen Überbau des Faschismus ab. Faschismus gehört als politische Erscheinung in die Epoche des Imperialismus – entsteht mithin auf der ökonomischen Basis des Monopolkapitalismus. Falls wir einen Bezug zum Faschismus ausmachen wollen, dann bestände dieser darin, dass der Monopolkapitalismus sich natürlich – nämlich aufgrund der immanenten Widersprüche des Kapitalismus – aus dem vormonopolistischen liberalen Kapitalismus entwickelt hat. Mehr aber auch nicht.

Mit Liberalismus kann auch eine ideologische Richtung bezeichnet werden – oder korrekt wäre es, im Plural zu formulieren: können auch ideologische Richtungen bezeichnet werden. Es gab den Liberalismus als Ideologie des aufstrebenden Bürgertums im frühen (eben liberalen) Konkurrenzkapitalismus, der sich gegen die Fürstenherrschaft richtete.

Dann gab es aber auch den Liberalismus, für den Friedrich Naumann steht, mit seinem National-Sozialen Verein. Der bricht explizit mit dem früheren Liberalismus, fordert im Inneren die „Willensgeschlossenheit der Nation“ und richtet sich gegen das gleiche Recht aller Nationen. Naumann kritisiert den alten Liberalismus als

„Internationalismus der früheren Demokratie, die für die Entwicklung des staatlichen Großbetriebs noch kein Verständnis hatte.“

und urteilt:

„Die Geschichte hat entschieden, dass es führende Nationen gibt und solche, die geführt werden, und es ist schwer, liberaler sein zu wollen, als die Geschichte selbst es ist.“³

Dieser Liberalismus ab Naumann ist **imperialistischer Liberalismus** geworden.

Als Liberalismus lässt sich aber auch eine Form bezeichnen, in dem das Monopolkapital seine Herrschaft politisch durchzusetzen bestrebt sein kann. Ich habe das eben selber so verwendet, wenn ich von der „parlamentarisch-liberalen“ Herrschaftsform gesprochen habe. Hier lohnt sich nun wieder das genauere Hinsehen. Die parlamentarisch-liberale Herrschaftsform, die auch als bürgerliche Demokratie bezeichnet wird, ist eine Form monopolkapitalistischer Herrschaft, dessen andere Form der Faschismus an der Macht ist. Es macht Sinn und ist für Antifaschistinnen und Antifaschisten auch von großer Bedeutung, diese beide Formen auseinanderzuhalten.

Es wäre aber unzutreffend und würde typische politische Fehlorientierungen mit sich bringen, das Verhältnis dieser beiden Herrschaftsformen lediglich als einen abstrakten Gegensatz zu sehen. Bei diesem Fehler würde davon abstrahiert, dass es sich zwar um zwei unterscheidbare Herrschaftsformen handelt, jedoch um zwei Formen, in denen aber ein und derselbe Inhalt monopolkapitalistischer Herrschaft durchgesetzt wird. Faschismus unterscheidet sich von der liberalen Herrschaftsform nicht durch einen prinzipiell unterschiedlichen Inhalt. Dieser Inhalt ist bestimmt durch die durchzusetzenden Interessen. Die Methoden, mit denen dieser Inhalt durchsetzbar ist – und damit die Form der Herrschaft – bestimmen sich aus den je konkreten Bedingungen. Ausschlaggebend ist der Grad an „freiwilliger“ Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit zur Mitwirkung an den Zielsetzungen des Monopolkapitals, die im Rahmen der parlamentarisch-liberalen Herrschaftsform erreichbar ist.

Die konkreten Bedingungen wahrzunehmen, unter denen die Bemühungen der herrschenden Klasse voranzugehen, ihre Interessen durchzusetzen, eröffnet ein ganzes Feld an Wechselwirkungen zwischen bürgerlich-demokratischer und faschistischer Herrschaftsform, die wir sträflich ignorieren würden, wenn wir einen bloß abstrakten Gegensatz wahrnehmen.

Aber die Notwendigkeiten, genau hinzuschauen, gehen noch weiter. Es reicht dann auch nicht, irgendwelche Wechselwirkungen zu erwähnen, um das Verhältnis zwischen den beiden Herrschaftsformen bestimmen zu können. Die wechselseitigen Wirkungen, die von der einen auf die andere Form ausgehen, müssen wir konkret in ihrer jeweiligen Struktur erfassen.

Eine dieser Wirkungen – m.E. mit zentraler Bedeutung – steckt in folgendem Zusammenhang: Die Realität des Monopolkapitalismus ist nicht derart, dass den Interessen der Bevölkerungsmehrheit dauerhaft entsprochen würde. Mehr noch – die Praxis monopolkapitalistischer Herrschaft kann nicht anders, als immer wieder und zunehmend die objektiven Interessen der nichtmonopolistischen Bevölkerungsmehrheit zu verletzen. Das ruft

³ Friedrich Naumann: Das Ideal der Freiheit, 1908

zwangsläufig Unzufriedenheit hervor. Unzufriedenheit und der Protest, der tendenziell daraus entspringt, sind jedoch Gift für das, was von den Monopolen so zwingend gebraucht wird. – Gift nämlich für die Bereitschaft der Menschen, sich für die Monopolinteressen – die natürlich stets als Interessen der ganzen Gesellschaft verkleidet werden – zu engagieren. Die Praxis monopolkapitalistischer Herrschaft trägt also unter den Bedingungen seiner parlamentarisch-liberalen Form den Widerspruch in sich, die eigenen Voraussetzungen stets zu unterminieren.

Eine erste Reaktion darauf ist der Versuch, mit einer Intensivierung der bereits propagierten Integrationsideologien, der Unzufriedenheit doch noch mal entgegenzuwirken. Eine zweite ist die zunehmende Beschränkung der Möglichkeiten, abweichende Interessen zu artikulieren und Protest zu formulieren. Dies erleben wir derzeit in den rasant eskalierenden Maßnahmen des reaktionären Staatsumbaus – mit Polizeigesetzen, Vereins- und Medienverboten, mit der Repression durch erneute Berufsverbote, usw.

Dieser vorerst partielle Widerruf von solchen Freiheitsrechten, die gemeinhin der bürgerlichen Demokratie zugeschrieben werden, ist nun aber keineswegs geeignet, die Quelle der Unzufriedenheit auszutrocknen – eher noch enthält er noch verstärkende Momente. Daher wohnt dieser Antwort des Monopolkapitals auf die Probleme seiner auf „freiwillige“ Integration basierenden Herrschaftsform die Tendenz zu einer sich selbst antreibenden Eskalation inne. Und der Zielpunkt dieser Eskalation ist der Faschismus an der Macht – also der Wechsel zu der Form monopolkapitalistischer Herrschaft, die sich damit charakterisieren lässt, sämtliche Artikulation von Interessen, die sich nicht in die Zielsetzungen der Monopole einordnen lassen, vollständig und rücksichtslos zu unterdrücken. In exakt diesem Sinn (und nur so) – also vermittelt durch die widersprüchlichen Möglichkeiten und Probleme, die der monopolkapitalistischen Herrschaft innewohnen – erweist sich die liberale bürgerliche Demokratie als Nährboden für den Faschismus.

Neben dieser Tendenz zur Eskalation der Repression hin zum Faschismus erweist sich die bürgerlich-liberale Herrschaftsform auch in weiterer Hinsicht als Nährboden einer Entwicklung hin zu ihrer Ablösung durch die faschistische Herrschaftsform. Diesmal geht es nicht um die Repressionsmaßnahmen, sondern um die nötige ideologische Begleitung der bürgerlich-liberalen Herrschaftsform.

Denn die Integrationsideologien, welche suggerieren, dass es zum Wohle der ganzen Gesellschaft sei, wenn die Interessen der Monopole befriedigt werden, die wirken auch dann fort, wenn sie nicht mehr dazu ausreichen, die „freiwilligen“ Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit zu gewährleisten. Sie bewirken dann bei diesem Potential, das gerade dabei ist, sich der Integration zu entziehen, ein dennoch weiterhin verfälschtes Bewusstsein über die Interessenlinien in dieser Gesellschaft. Das so generierte Protestpotential wird davon abgehalten, sich der Linken zuzuwenden. Es ist vielmehr naheliegend, dass das Protestpotential mit dem Inhalten und Feindbildern der Integrationsideologien im Kopf, stattdessen fordern wird, dass nun endlich einmal rücksichtslos diejenigen bekämpft werden müssen, von denen doch bekannt ist, dass sie sich ständig störend dem doch auch von „der Wirtschaft“ angestrebten „Gemeinwohl“ entgegenstellen. Die Inhalte der (aus der bürgerlich-liberalen Herrschaftsform stammenden!) Integrationsideologien sind der Nährboden für faschistische Massenbewegungen.

Was ich mit diesen beiden Verbindungslinien aufzeigen will, ist die Erklärung, warum die abstrakte Entgegensetzung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus unhaltbar ist, warum beide Herrschaftsformen dennoch unterscheidbar sind (und warum das wichtig ist), und dass diese Erklärung dann für die Orientierung im antifaschistischen Kampf brauchbar ist, wenn sie

die Zusammenhänge konkret analysiert und benennt. Das geht, wenn wir genau hinschauen, was es mit der „politischen Reaktion“ auf sich hat, die Lenin als den politischen Überbau nennt, welcher dem Monopolkapitalismus entspricht.

Ich hoffe, dass sich diese Vorarbeit als nützlich erweist, wenn wir uns nun der eigentlichen Frage zuwenden: *Wie verhält sich der Faschismus zur ökonomischen Krise?*

Oftmals lesen oder hören wir die Einschätzung, dass eine ökonomische Krise in der Arbeiterklasse und/oder auch in kleinbürgerlichen Schichten solche Verunsicherung und Unzufriedenheit erzeugt, dass diese ihren Ausweg im Faschismus suchen. Alternativ oder auch ergänzend gibt es auch die Einschätzung, dass die Kapitalistenklasse durch die ökonomische Krise derart unter Druck gesetzt wird, dass sie zur Sicherung ihrer Profite ihre Rettung im Faschismus sucht.

Diesen Einschätzungen kommt eine scheinbare Plausibilität zu, weil auf der Erscheinungsebene Momente aufzeigbar sind, die solche Deutungen nahelegen können. So ist es sicherlich so, dass die Unzufriedenheit und Verunsicherung, die durch eine ökonomische Krise ausgelöst, in der Arbeiterklasse oder im Kleinbürgertum wachsen, das Potential derjenigen vermehren, die sich der „freiwilligen“ Integration im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform tendenziell entziehen. Es bedarf aber des genauen Hinschauens auf die konkreten Zusammenhänge, wie ich dies eben mit Verweis auf die monopolkapitalistische Herrschaftspraxis als Quelle der Unzufriedenheit und auf die bürgerlichen Integrationsideologien als Quelle des verfälschten Interessenbewusstseins versucht habe, um hier nicht zu fatalen Fehlschlüssen zu kommen. Bei Ignoranz gegenüber dieser genaueren Bestimmung der Ursachen erscheint nämlich die Unzufriedenheit und die nicht vorhandene Bereitschaft, sich weiterhin in das System der bürgerlich-liberalen Form monopolkapitalistischer Herrschaft einspannen zu lassen, als Ursache faschistischer Bewegungen und der Faschismusgefahr. Der Antifaschismus verkommt dann leicht zum Werkzeug reaktionärer Politik und wendet sich gegen die Unzufriedenen und gegen den Protest statt gegen die wirklichen Ursachen – den Monopolkapitalismus und seiner Entsprechung in der politischen Reaktion.

Auch die andere Fehldeutung, dass sich das Kapital vor der ökonomischen Krise in den Faschismus rettet, hält einer genaueren Sichtung nicht stand. Entsprechende Theorien vermischen unzulässig die Beziehungen von Basis und Überbau und beruhen zumeist auf einem verkürzten, ökonomistischen Interessenbegriff.

Historisch wird die Weltwirtschaftskrise 1929 in Beziehung auf die Errichtung des Faschismus in Deutschland 1933 gesetzt. Diese Beziehung ist aber genau zu prüfen!

Im Dezember 1929 hatte das Präsidium des »Reichsverbandes der Deutschen Industrie« (RDI) – also die Spitzenvertretung der Interessen des Monopolkapitals in Deutschland – eine Denkschrift veröffentlicht mit dem Titel »Aufstieg oder Niedergang?«. Darin wurde ein Programm der „Kapitalbildung“, der Förderung weiterer Monopolisierung und der radikalen Einschränkung aller „unproduktiven“ Sozialausgaben gefordert.

Die im RDI versammelten Vertreter des Monopolkapitals waren sich jedoch der Bedingungen bewusst, unter denen dieses Programm durchsetzbar war.

Die Möglichkeiten, die Bevölkerung zur „freiwilligen“ Mitarbeit an den Zielen der Monopole zu bewegen – mithin die Voraussetzung dafür, dass die Monopolbourgeoisie die bürgerliche

Demokratie als angemessene Form ihrer Herrschaft billigt – erfordern ein gewisses Maß an Zugeständnisse an nicht-monopolistische Teile der Bevölkerung. Zu diesen Kompromissen, die sie angesichts der Erfahrung der Novemberrevolution 1919 und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik mehrheitlich hingenommen hatten, war das Monopolkapital nun – und zwar nicht aus einer Krisenlage, sondern weil sie eine Stärke erreicht hatte, die ihnen diese Zugeständnisse nicht mehr notwendig erscheinen ließ – nicht mehr bereit. In der Denkschrift kritisiert der RDI:

„Obwohl man wusste, dass der Wiederaufbau nur bei freier Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte möglich war, hat man fortgesetzt Kompromisse mit dem Sozialismus geschlossen und durch Steuern und Abgaben, durch Staatsbetriebe und staatliche Eingriffe die Privatwirtschaft bedrängt und in ihrer Entwicklung eingeengt. Die Rücksicht auf die Macht der Parteien hat nicht die Kraft aufkommen lassen, Arbeit, Zins und staatliche Lasten in ein richtiges Verhältnis zu bringen. (...) So haben innerpolitische Zerrissenheit, mangelnde Einsicht und fehlender Mut den Weg zu einer Festigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse versperrt. Aus einem bedauerlichen Mangel an Verantwortung heraus wurde versäumt, das Volk über die wirklichen Notwendigkeiten aufzuklären.“⁴

Das ist nun alles andere als die defensive Reaktion auf eine ökonomische Krise. Auf der Verbandstagung, zu der die Denkschrift als Vorlage diente, erklärte dann auch der RDI-Vorsitzende und Aufsichtsratsvorsitzende der IG-Farben, Carl Duisberg:

„Es darf nicht halbe, es muss ganze Arbeit sein, die gemacht wird. Kompromisse helfen nicht mehr. Es geht ums Prinzip, ums ganze System.“⁵

Hier erklärte das Monopolkapital seine Entscheidung zum Wechsel der Herrschaftsform. Und konsequent fügte sich der Apparat der politischen Sachwalter der herrschenden Klasse in diese Entscheidung ein. Die SPD – der wichtigste Träger der monopolkapitalistischen Integrationspolitik – wird aus der Regierung entfernt. Brüning wird Reichskanzler, orientiert auf eine weitere Stärkung des Amtes des Reichspräsidenten, organisiert die schrittweise Ausschaltung der Parlamentseinflusses auf das staatliche Handeln und erklärt die Absicht, alle kommenden Regierungen vom Einfluss der Parteien freizuhalten. Und dieser Prozess wird dann auch bis hin zum Januar 1933 fortgesetzt.

Die Entscheidung der Monopolbourgeoisie, Kurs weg von der parlamentarisch-liberalen Form seiner Herrschaft zu nehmen, war nicht die Folge einer Notlage des Kapitals durch die ökonomische Krisensituation. Es gab aber dennoch damals eine Beziehung von Krise und Faschismus. Diese wird aber nur erkennbar, wenn wir genauer hinschauen und die Vermittlungsebenen verstehen, wie auf Grundlage der monopolkapitalistischen ökonomischen Basis das Klasseninteresse an geschlossener Einbindung der ganzen Gesellschaft für die Ziele der Monopole erwächst, wie dieses Klasseninteresse unter den konkreten Bedingungen um Durchsetzung ringen kann und wie sich daraus eine konkrete politische Entwicklung erklärt. Die im RDI zusammengeschlossene Monopolbourgeoisie war nicht von der Krise zum Faschismus gedrängt, sondern von ihrem eigenen Klasseninteresse, welches zu seiner Durchsetzung unter den gegebenen Bedingungen einen Wechsel der Herrschaftsform angesagt erscheinen ließ. Die Krise wurde stattdessen als Chance betrachtet, die nicht vertan werden dürfe, sondern genutzt

⁴ Reichsverband der Deutschen Industrie (1929) Aufstieg oder Niedergang? Denkschrift des Präsidiums des RDI. In: Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 49, S.6

⁵ Duisberg, Carl (1929) In: Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 50.

werden müsse, um politisch dahin zu kommen, wo Duisberg erwartet, dass die „ganze Arbeit“ verrichten werden kann.

Auch heute bleibt es Aufgabe der marxistischen Wissenschaft, notwendige Orientierung zur Faschismusgefahr und zur antifaschistischen Strategie zu erarbeiten, indem die Vermittlungsebenen genau analysiert werden. Diese will ich daher zum Schluss nochmal wiederholen: **Es geht darum, wie auf Grundlage der monopolkapitalistischen ökonomischen Basis das Klasseninteresse an geschlossener Einbindung der ganzen Gesellschaft für die Ziele der Monopole erwächst, wie dieses Klasseninteresse unter den konkreten Bedingungen um Durchsetzung ringen kann und wie sich daraus konkrete politische Entwicklungen erklären.**